Grußwort
des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frank Ebert,
zum UOKG-Verbändetreffen am 04. November 2023
Campus für Demokratie, Berlin-Lichtenberg,

Lieber Herr Dombrowski,

liebe Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

es freut mich sehr, heute zum ersten Mal beim Verbändetreffen sprechen zu dürfen. Vergangenes Jahr hat an gleicher Stelle noch mein Vorgänger, Tom Sello, ein ausgiebiges Fazit der bisherigen Zusammenarbeit gezogen. Heute möchte ich vor allem einiges über unsere aktuellen Schwerpunkte beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und zu unserer zukünftigen gemeinsamen Arbeit ansprechen.

Doch lassen Sie mich zunächst etwas zu den gegenwärtigen Diskussionen über die DDR-Vergangenheit sagen.
In den letzten Jahren finden gerade diejenigen besonderes Gehör, die auf die DDR als eine vermeintlich heile Welt zurück blicken. Diese Debatten kursieren auch in der aktuellen öffentlichen Auseinandersetzung und verschleiern den Blick auf das repressive System der kommunistischen Diktatur.
Und dies obwohl in zahllosen Berichten von Betroffenen und durch jahrzehntelange wissenschaftliche Forschung der Diktaturcharakter des Systems deutlich wird. Zahlreiche fundierte Abhandlungen zur Geschichte der SBZ/DDR sind in der gesamten Zeit der Existenz der SBZ/DDR und erst recht danach erschienen.
Wir wissen, dass in der SED-Diktatur die Sozialistische Einheitspartei mit ihrem Machtapparat herrschte. Der Einzelne zählte wenig, das Kollektiv und die sozialistische Gesellschaft hatten Vorrang.

Wer sich nicht anpassen wollte, dem drohte nicht nur der erhobene Zeigefinger, sondern sehr viel mehr – denken wir nur an die Jugendwerkhöfe, an die Kinderheime, an die Gefängnisse und Zuchthäuser oder gar an die Todesurteile, die in den Anfangsjahren der SED-Diktatur vollstreckt wurden.

Das SED-Regime verfolgte Menschen, die ihre Stimme erhoben, und sperrte sie ein.
Das Schweigen der großen Mehrheit der Bevölkerung ermöglichte die Effizienz dieser Maßnahmen. Wer hinterfragte denn öffentlich die Enteignung seines Nachbarn? Wer das Verschwinden eines Mitschülers, der Flugblätter vervielfältigt hatte, oder die Entlassung einer Kollegin, die einen Ausreiseantrag gestellt hatte?

Doch trotz der fundierten Forschungsergebnisse und der vielen Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen scheinen diese Erkenntnisse über den Diktaturcharakter des SED-Regimes im Bewusstsein der Bevölkerung nicht verankert zu sein – weder als abrufbares Faktenwissen noch als grundsätzliches Verständnis davon, was Diktatur überhaupt ist, bedeutet und wie perfide sie im Kleinen und Großen wirkt.
Im Kleinen/Großen, wird das besonders in der heutigen Ausgabe der Berliner Zeitung deutlich. Auf der Titelseite sieht der geneigte Leser ganz groß ein Foto einer Frau, die ziemlich verzweifelt aussieht, daneben steht: „Bärbel Bohley DDR-Bürgerrechtlerin“. Einzige Manko, es ist nicht Bärbel Bohley.

Den Narrativen von der heilen Welt DDR müssen wir uns entgegenstellen. Gerade wenn in aktuellen Diskussionen über das Leben in der SBZ/DDR die vielseitigen Betroffenenschicksale in den Hintergrund gedrängt werden.
Dann müssen wir widersprechen!

Und wir müssen darüber hinaus - auch über 30 Jahre nach dem Ende der Diktatur - immer wieder erklären was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben. Dies ist angesichts der Entwicklungen in Deutschland und anderen Ländern, angesichts der Gefährdungen für die Demokratie und des Rückfalls in autoritäre Regime immer dringlicher.
Wir müssen besonders deutlich machen, dass es ohne Freiheit auch keine Sicherheit für das selbstbestimmte Leben geben kann!

Einmal mehr wird also deutlich: Ihre Arbeit für die Verfolgten der SED-Diktatur war immer und ist von immensem Wert – gerade in diesen Zeiten.

Hier setze auch ich an. Als Berliner Aufarbeitungsbeauftragter möchte ich, und das war auch immer das Ziel meiner Vorgänger im Amt, dass mehr Menschen mehr über den mutigen Widerstand in der kommunistischen-Diktatur und die brutale sowie folgenschwere Repression erfahren.

Um in der Gesellschaft ein tieferes Verständnis für den Charakter der SED-Diktatur zu schaffen, brauchen wir beständig gesicherte Erinnerungsorte. Sie sollten die Erinnerungslandschaft und die damit verbundene Vermittlungsarbeit prägen. Dort sollten der Widerstand und das Widersprechen in der Diktatur erinnert und dessen Folgen thematisiert werden.
Auf dem Bundesfrauenkongress in Halle wurde kürzlich viel über die Frage der Würdigung widerständigen Handelns in der Diktatur gesprochen. Und wir konnten sehen, wie wichtig Einrichtungen wie der Rote Ochse oder die weiter zu entwickelnde Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck dafür sind.

Ich habe dort zwei wichtige Grundsätze unserer gemeinsamen Arbeit formuliert: Gerade an Orten der Repression müssen wir über ihre Mechanismen und Auswirkungen informieren. Es ist aber ebenso zentral, die Werte und die Geschichte des Widerstandes in der SBZ und DDR dauerhaft in der deutschen Erinnerungskultur zu verankern.
Darum ist es mir so wichtig, dass das vom Deutschen Bundestag beschlossene *Forum Opposition und Widerstand* zügig umgesetzt wird!

An einem solchen Ort soll und kann gebührend gewürdigt werden, wie sich die Menschen dem Regime entgegenstellten und welche Risiken sie dabei eingingen. Ich verstehe das Forum dezidiert auch als einen Ort zur Würdigung von Betroffenenschicksalen.

Es gilt nun die Landes- und Bundespolitik beim Wort zu nehmen, damit die erfreulich klaren Beschlüsse zur Realisierung des Forums auch in die Tat umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang schätze ich die UOKG sehr als Partner im politischen Raum – insbesondere was die Bundespolitik anbelangt.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Beratung von Betroffenen in Berlin. Opfer von politischer Verfolgung und ihre Angehörigen leiden noch heute unter den Folgen der SED-Diktatur. Leider geht das auch oft mit sozial prekären Lebenslagen einher. Wir wollen diese Menschen unterstützen und beraten. Und wir müssen noch deutlicher machen, dass dies eine **gesamt**berliner Aufgabe ist.
Wir müssen **zu den** Menschen kommen und sie verständlich über die bestehenden Hilfsmöglichkeiten informieren. In Berlin wollen wir z. B. stärker direkt in den Kiezen auf unser Angebot aufmerksam machen.

Wie wichtig diese Arbeit ist, weiß keine andere Organisation so gut wie die UOKG.

Grundlage der Beratung sind die Gesetze zur Rehabilitierung und materiellen Unterstützung der Betroffenen. Wie unter anderem der Sachstandsbericht zu Maßnahmen für politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin aufgezeigt hat, besteht hier deutlicher Verbesserungsbedarf.

Evelyn Zupke weist als Opferbeauftragte konstant auf die notwendigen Reformen hin und ist in beständigem Kontakt mit Vertretern aus der Politik. Auch wir als Konferenz der Landesbeauftragten machen Druck und haben jüngst z. B. wieder in Sachen Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und Bundes-Härtefallfonds beim Bundeskanzleramt nachgehakt.

Es gilt nun in Zusammenarbeit mit Ihnen und der SED-Opferbeauftragten den Druck auf die Bundespolitik zu erhöhen, um die notwendigen Anpassungen zu erreichen.
Neben einer Novellierung der Bundesgesetze wäre es wichtig, dass unsere Institutionen auch zur Vorbereitung des Jubiläums der Friedlichen Revolution 2024 kooperieren.

Gemeinsam gilt es zudem an dem Thema Zwangsarbeit dran zu bleiben. Ich freue mich, dass wir heute den Zwischenbericht der Pilotstudie zu Zwangsarbeit politischer Häftlinge von Herrn Mirschel und Herrn Kunze hören werden.
Durch solche wichtigen Projekte können wir mehr Informationen zusammentragen und darauf drängen, dass Firmen wie OTTO endlich zu ihrer Vergangenheit stehen und auf die ehemaligen Häftlinge zugehen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal meine Überlegungen vom Anfang aufgreifen.
Angesichts der Wiederauferstehung des Stalinkultes in Russland zeigt sich wie wichtig eine konsequente Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen für die Gegenwart ist!
An Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Menschenrechtslage in Russland lässt sich der imperiale Anspruch Russland mit all seinen verheerenden Folgen ablesen.– und darüber wurde und wird viel zu wenig gesprochen.

Umso deutlicher wird die Bedeutung einer vielfältigen Aufarbeitungslandschaft in jungen Demokratien, die vormals zum sowjetischen Machtbereich gehörten. Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vor Ort müssen gestärkt werden. Deshalb setzt die UOKG ein deutliches Zeichen, wenn sie nun ein Projekt zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch plant, wie ich dem aktuellen Stacheldraht entnehmen konnte.

Jetzt sollen aber andere zu Wort kommen, es ist ja Ihr/Euer Kongress.
Vielen Dank.